

Liechtensteiner Volksblatt



erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Mubarak beruft Krisensitzung ein

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak hat am Freitag mehrere Minister und Offizielle zu einer Krisensitzung zusammengerufen. Amtlich verlautete nur, dass das Treffen «ausserhalb Kairos» stattfindet. Vermutlich traf Mubarak seine Mitarbeiter in einer Residenz des ehemaligen Staatschefs Anwar el-Sadat in Kanater, rund 30 Kilometer nördlich von Kairo.

Shultz sieht Möglichkeit von Verfahren in Italien und USA

Der amerikanische Aussenminister George Shultz hat am Freitag erklärt, es sei durchaus möglich, dass die vier Entführer des italienischen Kreuzfahrers «Achille Lauro» sowohl in Italien als auch in den USA vor Gericht gestellt werden könnten.

Club-of-Rome-Konferenz über internationale Fragen

Der «Club of Rome» hat am Freitag in Salzburg eine zweitägige Konferenz unter dem Motto «Die Lage der Welt - Wegweiser in das 21. Jahrhundert» begonnen. Die Sitzung ist auch dem Gedenken des im vergangenen Jahr verstorbenen Gründers dieser Wissenschaftler- und Industriellen-Vereinigung, Aurelio Peccei, gewidmet. Zur Eröffnung sagte der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, der Abbau von Egoismus des Einzelnen sei für die positive Entwicklung der Menschheit ebenso wichtig wie der nationaler Egoismen.

Von Weizsäcker: Politisch nützlicher Besuch

Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist davon überzeugt, dass sein Besuch in Israel einem besseren Verständnis zwischen Deutschen und Israelis dienen wird. Als erster Präsident der Bundesrepublik Deutschland, der den jüdischen Staat offiziell besucht, sprach er von Begegnungen, die «persönlich herzlich und politisch nützlich» gewesen seien. Nach einer Zeremonie im «Weizman-Institut» der Wissenschaften in Rehovot wurde ihm kurz vor der Heimreise nach Bonn am Freitag der Titel eines Ehrendoktors verliehen.

Gandhi bestreitet Bau einer Wasserstoffbombe

Indiens Premierminister Rajiv Gandhi hat kategorisch bestritten, dass indische Wissenschaftler gegenwärtig eine Wasserstoffbombe bauen. Damit dementierte er am Freitag vor Journalisten in New Delhi einen Bericht der «Washington Post», nach dem indische Experten im Xhaba-Kernforschungszentrum in Trombay (Westindien) an einem entsprechenden Sprengkörper bauen sollen.

Haftbefehl gegen mutmasslichen DDR-Spion

Die Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland haben möglicherweise ein weiteren DDR-Spion gefasst. Wie der oberste Ankläger in der Bundesrepublik, die Bundesanwaltschaft, am Freitag mitteilte, hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH) Haftbefehl erlassen gegen einen 44-jährigen Kaufmann aus Gütersloh (Nordrhein-Westfalen) wegen Verdachts der geheimsdienstlichen Tätigkeit für die DDR. Der Beschuldigte war am Dienstag vorläufig festgenommen und gegen 50000 Mark Kaution sowie eine Reihe strenger Auflagen freigelassen worden.

Arbeits- und Studienplatzsicherung für Jugendliche in Liechtenstein:

Trotz guter Wirtschaftslage sind viele verunsichert

Die ständig steigenden Arbeitslosenziffern in den europäischen Staaten, insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland (mit derzeit über 2 Millionen), in der Schweiz und in Österreich deuten im Wirtschaftsbereich auf eine Entwicklung hin, die für die Zukunft nichts Gutes ahnen lässt. Europa, das weitgehend von der konjunkturellen Verfassung der Vereinten Staaten von Amerika abhängig ist, hat in den letzten paar Jahren bei der exportorientierten Industrie, dank dem hohen Dollarkurs, auf eine gute Ertragslage hinweisen können, doch sind bereits erste Störpotentiale nicht mehr zu übersehen: die Schuldsituation in Lateinamerika, der Vormarsch des Protektionismus, auch das Budgetdefizit in den USA und - wie schon eingangs erwähnt - die Arbeitslosenheere in Europa.

Noch floriert die internationale Wirtschaft, muss aber für die Zukunft - so sagen es Experten voraus - mit etlichen Fragezeichen versehen werden. Man hat in den Rezessionsjahren gesehen, wie schnell sich die Auftragslage für die Unternehmungen verschlechtern kann und

mit Zeitverschiebung musste auch unser Land erkennen, dass mögliche Konjunkturrückschläge auch nicht vor den Grenzen unseres kleinen Landes Halt machen.

Starke Verunsicherung erkennbar

Vom Hintergrund dieser Betrachtung ist seit Jahren eine starke Verunsicherung bei den Jugendlichen hinsichtlich der arbeitsmarktlichen Möglichkeiten oder der Studienmöglichkeiten zu beobachten. Im Rahmen der von der FBP durchgeführten Meinungsumfrage bei über 700 Personen, wurde deutlich, dass diesem Thema ein besonders grosses Interesse entgegengebracht wird. Denn 86,6 Prozent aller Befragten halten das Problem Arbeits- und Studienplatzsicherung für ein sehr wichtiges (55,1 Prozent) oder für ein «wichtiges» (30,5 Prozent) Thema.

Aus den Zusatzkommentaren der Befragten wird dies noch verdeutlicht, denn viele Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass diese Frage immer Priorität Nr. 1 in der Politik haben müsse, oder, dass es sich hier um ein Problem handle, das mit der Überfremdung eng verknüpft sei. Viele sprachen sich dafür

aus, dass man vor allem Arbeitsplätze und die Berufsberatung für Akademiker sichern sollte und dass es sich hierbei um ein Problem handle, das nicht nur allein die Jugendlichen betreffe.

Aus der Umfrage kann eindeutig geschlossen werden, dass viele Frauen und Männer in unserem Lande trotz der derzeit florierenden Wirtschaft verunsichert sind. Es ist der FBP deshalb ein besonderes Anliegen, Massnahmen zu ergreifen, der arbeitenden Bevölkerung und den in Ausbildung und Weiterbildung stehenden Jugendlichen und Erwachsenen wieder die Sicherheit zu geben, dass die dem Staat gegebenen Möglichkeiten zur Arbeitsplatzsicherung ergriffen und sinnvoll eingesetzt werden. Dabei geht es auch darum, mit allen Zweigen unserer Volkswirtschaft Möglichkeiten zu prüfen, wie Arbeitsplätze auch längerfristig gesichert werden könnten.

Wichtig erscheint auch auf der Basis des Umfrageergebnisses, dass das Vertrauen in die politischen Instanzen unseres Landes in diesem wichtigen Bereich neu gestärkt werden muss.

KOMMENTAR

Eine schwierige Frage: Beschäftigt sich der UNO-Generalsekretär auch mit kleinen Staaten, die den Vereinten Nationen nicht angehören?

Gesetzt den Fall, Perez de Cuellar hat in seinem schweren Amt noch keine Zeit gefunden, sich über eine mögliche Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein bei der UNO auseinanderzusetzen, dann ist er seit letzter Woche im Bild darüber, dass in unserem Land eine Diskussion darüber stattfindet, die sich vorerst noch in eine eher ablehnende Haltung bewegt.

Hat sich der Generalsekretär trotz anderer brennenderer Probleme seit seinem Amtsantritt 1981 in regelmässigen Abständen

Um den Brei herum

den mit der Situation der wenigen Nicht-Mitgliedstaaten befasst, so wird er sich nach dem Höflichkeitsbesuch der liechtensteinischen Regierungsdelegation seine Gedanken gemacht haben. Irgendwie müssen ihm die Floskeln, die hinsichtlich eines liechtensteinischen UNO-Beitritts seit längerer Zeit verbreitet werden, bekannt und abgedroschen vorgekommen sein. Er, der als ehemaliger Botschafter seines Heimatlandes in der Schweiz die Verhältnisse auch in unserem Land einigermaßen kennt, musste sich also wieder anhören, dass die Regierung zur Auffassung gekommen sei, einen Bericht zur Frage eines Beitritts unseres Landes zu den Vereinten Nationen zu erarbeiten, damit diese Frage «aufgrund von guten Grundlagen diskutiert» werden kann, die mit diesem Bericht geschaffen wurden, wie der via Costa Rica und Washington nach New York gereiste Aussenminister seinen Parteikollegen an seinem als «Sternstunde» bezeichneten Parteitag erklärte.

Anhand des langwierigen Prozesses, den dieser Bericht im Laufe seiner Erarbeitungszeit durchgemacht hat, kann bereits vor dessen Erscheinen für die Öffentlichkeit die Prognose gewagt werden, dass den bekannten Leitlinien unserer Aussenpolitik mit ihrer Verankerung in der Schweiz und in Österreich sowie im Europarat, aber auch der langatmigen Erklärung, was denn die UNO - die immerhin ihren 40. Geburtstag feiert - überhaupt ist, der grösste Platz eingeräumt wird, so dass für eine Stellungnahme der Regierung Brunhart, ob sie nun für oder gegen einen Beitritt votiert, kein Raum mehr vorhanden war.

Alles andere wäre eine Überraschung. Denn es hat in der Vergangenheit schon andere Berichte gegeben, die auch angekündigt und immer wieder angekündigt wurden, so dass echte Spannung herrschte, was denn darin alles geschrieben worden sei.

Doch je grösser die Seifenblase, umso dünnwandiger die Hülle, vom Innenleben ganz zu schweigen.

Die Spannung hält wohl noch etwas an, denn so schnell lässt die Regierung (diese Regierung) die Katze nicht aus dem Sack. Vorfreude ist schliesslich auch eine Freude. (G. M.)

Ärzte gegen den Atomtod erhalten Friedensnobelpreis

Auszeichnung für die Schärfung des Bewusstseins der Öffentlichkeit

Oslo (AP) Die Internationale Ärztevereinigung zur Verhütung eines Atomkrieges ist der diesjährige Träger des Friedensnobelpreises. Das norwegische Nobel-Komitee gab dem Ärztekomitee, das einen amerikanischen und einen sowjetischen Präsidenten hat, den Vorzug vor rund 100 anderen Vorschlägen.

In der Begründung heisst es, die Vereinigung, der mehr als 150000 Heilberufener in mehr als 50 Ländern der Welt angehören, hätten der Menschheit einen bedeutsamen Dienst damit erwiesen, dass sie wohlfundierte Informationen über die katastrophalen Auswirkungen eines Atomkrieges verbreitet hätten. Damit sei ein Bewusstsein für diese Auswirkungen geschaffen hätten. Die Aufrüttelung der Öffentlichkeit, sagte der Vorsitzende des Nobel-Komitees, Egil Aarvik, könne den derzeitigen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen neue Perspektiven und eine neue Bedeutung verliehen. Die Ärztevereinigung habe die Opposition der Öffentlichkeit gegen die Weiterentwicklung von Atomwaffen verstärkt und Gewichte dahingehend verschoben, dass Gesundheits- und humanitären Aspekten mehr Aufmerksamkeit gewidmet würden.

Der amerikanischen Arzt Professor Bernard Lown von der Harvard-Universi-

sität und Dr. Jewgeni Tschasow vom sowjetischen Institut für Herzerkrankungen, die beiden Mitbegründer und Präsidenten des Internationalen Komitees Ärzte gegen den Atomtod; sollen den mit umgerechnet rund 585.000 Mark dotierten Preis am 10. Dezember in Oslo gemeinsam entgegennehmen. Auf die Bedeutsamkeit der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Anstrengung des Komitees wurde in der Laudatio besonders hingewiesen.

Es ist das 15. Mal in der 84jährigen Geschichte des Friedensnobelpreises,

Weinskandal:

Japan: Weinimporteure verlangen Schadenersatz

Tokio (spk/dpa) Japanische Importeure deutscher Weine wollen die deutsche Bundesregierung um eine Entschädigung in Höhe von 500 Millionen Yen (rund sechs Mio Mark) für die Verluste ersuchen, die ihnen durch den österreichischen Weinskandal entstanden sind. Wie die «Daily Yomiuri» am Freitag meldete, soll die Bitte um Schadensausgleich in Form eines Appells an Bonn herangetragen werden und nicht als Klage.

Förderung des Anliegens

Lown und Tschasow, die sich zur Zeit aus Anlass des fünften Jahrestages der Gründung der Organisation in Genf aufhalten, brachten auf einer zufällig schon längere Zeit im voraus für Freitag angesetzten Pressekonferenz die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Nobelpreis das Anliegen der Vereinigung fördern werde. Bislang hätten die Ärzte in der breiten Öffentlichkeit noch nicht das Echo gefunden, das sie sich wünschten, sagte Lown. Wenn er einen Vortrag über sein medizinisches Fachgebiet halte, könne er stets auf ein grosses Publikum rechnen, wenn er jedoch über die Gefahren eines Atomkrieges rede, höre ihm kaum jemand zu.

Nach den Worten Tschasows ist zumindest die Öffentlichkeit in der Sowjetunion sehr stark an der Arbeit der Organisation interessiert. «Nur eine breite Bewegung, eine grosse Organisation, kann die Dinge vorantreiben», fügte er hinzu und schien damit anzudeuten, dass auch ihm ein noch umfangreicheres Echo wünschenswert schiene. Von der hohen Ehrung sichtlich bewegt, umarmten und küssten die beiden Präsidenten sich.

Lown nutzte die Gelegenheit auch dazu, sogleich mit einer praktischen Forderung an die Öffentlichkeit zu treten. Er verlangte einen Verzicht beider Supermächte auf alle Atomtests. Für diese Tests gebe es derzeit keinerlei Rechtfertigung; er und seine Kollegen appellierten deshalb im Namen der Menschheit an die beiden Atommächte, die Versuche einzustellen. Nachdem die Sowjetunion ein seit dem 8. August gültiges Moratorium für Atomtests verkündet habe, sei US-Präsident Ronald Reagan jetzt gefordert, entsprechend zu reagieren. Führende Vertreter des Ärztekomitees hätten bis jetzt noch nicht die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Reagan oder dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow gehabt, hofften aber darauf, dass der Friedensnobelpreis der Organisation jetzt auch die Möglichkeit einer Begegnung eröffne, erklärte Lown weiter.



Von der hohen Ehrung sichtlich bewegt, umarmten sich Professor Bernard Lown (links) und Dr. Jewgeni Tschasow. Die beiden Mitbegründer und Präsidenten des Internationalen Komitees Ärzte gegen den Atomtod hielten sich gestern aus Anlass des fünften Jahrestages der Gründung der Organisation in Genf auf. (Bild: AP)

Sport am Wochenende

- 1. Liga
FC Balzers - FC Vaduz
- 2. Liga
USV Eschen/Mauren - Bad Ragaz
- 3. Liga
Bad Ragaz II - Balzers II
Schaan - St. Margrethen
Vaduz II - Niederurnen
Triesen - Mels II
Sargans - USV Eschen/Mauren II

Auftakt Volleyball-Meisterschaft

Dieses Wochenende beginnt für den VBC Galina die neue Volleyballsaison. Im ersten Spiel treffen die Schaaner heute auf den TV Muttenz (Schaan/Resch, 17.00).